

Hasler sieht rot

Finanzpolitik Regierungschef Hasler muss das VU-Bürgerpaket komplett in den falschen Hals bekommen haben. Er spricht dem Partner gar jegliche Finanzkompetenz ab.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Am Mittwoch zeigte sich Regierungschef Adrian Hasler sehr souverän. Ruhig und entspannt erklärte er vor den Medien die Landesrechnung 2017. Sie zeigt ein überraschend gutes Ergebnis. 170 Millionen Gewinn, davon knapp 160 Millionen aus dem Finanzergebnis und 11 aus der betrieblichen Rechnung. Die Ausgaben des Landes konnten zum dritten Mal unter 800 Millionen Franken gehalten werden. Ermachte dabei aber auch deutlich, dass er trotz der guten Finanzlage nichts ändern möchte. Weder an der Budgetierung noch an seiner Finanzpolitik.

VU lanciert Bürgerpaket

Am Donnerstag verkünden das Präsidium und die Fraktion der VU, dass nun für die Bevölkerung wieder mehr möglich sein soll. «Die vorliegende Landesrechnung 2017 bestätigt, dass dies im Hinblick auf den Staatshaushalt auch möglich ist», so die VU. Das sogenannte «Bürgerpaket» ist aber noch alles andere als kon-

kret. Die VU signalisierte aber, dass sie sich ein stärkeres Engagement des Staates in den Bereichen Sozialwerke, Gesundheit, Familienförderung sowie Pflege und Betreuung im Alter vorstellen kann. «Und dabei muss dies endlich wieder zum Wohle der Menschen in Liechtenstein geschehen, denn sie wurden in den Zeiten des massiven Sparens mehr als einmal zur Kasse gebeten», schrieb sie dazu. Wie genau dies geschehen soll, liess sie noch weitgehend offen. «Die VU wird ihr Bürgerpaket zeitnah vorstellen», hiess es nur.

«VU sollte sich Finanzkompetenz aneignen»

Der Zeitpunkt der Ankündigung für parlamentarische Vorstösse in diese Richtung war mit Sicherheit bewusst gewählt und man kann von geschicktem Politmarketing sprechen. Und auch konsequent. Schliesslich hat die VU bei den Landtagswahlen damit geworben, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger mehr möglich machen will. Somit kein ungewöhnlicher Vorgang in der Politik.

Ungewöhnlich ist aber erneut die gestrige Reaktion von Regierungschef Adrian Hasler. Wieder



Regierungschef Adrian Hasler hat wegen des VU-Bürgerpakets wieder einmal die Nerven verloren. Bild: ikr

einmal wählt er den Weg eines offenen Briefes. Auch der Ton ist wenig staatsmännisch. Sopoltert er: «Wenn die VU staatstragend sein will oder gar einen Führungsanspruch geltend machen möchte, ist sie gut beraten, sich schnellstens die Finanzkompetenz anzueignen, die es für die verantwortungsvolle Führung eines Staates braucht. Dieses ist mit dem vorgeschlagenen Bürgerpaket nicht erkennbar.» Und er fragt sich, «ob das Bürgerpaket wirklich

ernst gemeint ist oder nur billiger Populismus?». Diese Frage wird man beantworten können, wenn die ersten Vorstösse dazu vorliegen. Ausser der Koalitionsausschuss kommt zu einem ganz anderen Ergebnis.

WWW.

Den offenen Brief des Regierungschef finden Sie unter: vaterland.li/327040

Kommentar

Unberechenbar

Als Bürger reibt man sich verwundert die Augen. Man weiss nicht, ob es vom Blütenstaub kommt oder von dem, was sich gerade in der Politik abspielt. Das Land schreibt 170 Millionen Gewinn. Dies nachdem man dem Bürger über Jahre von der Politik den Gürtel enger geschnallt hat. Erfreulich. Mit unseren höheren Beiträgen, Selbstbehalten und Gebühren haben wir den Staatshaushalt saniert. Dazu kamen für den Staat die gute Wirtschaftslage und die Gewinne an der Börse. Davon haben wir Bürger ebenfalls wenig gesehen. Zumindest nicht im eigenen Portemonnaie. Trotzdem: Liechtenstein ist ein reiches Land.

So reich, dass eine vierköpfige Familie in Miete und mit 6500 Franken Monatseinkommen schauen muss, dass am Ende des Geldes möglichst wenig Monat übrig bleibt.

So reich, dass es heute selbst mit einem eigenen Grundstück praktisch unmöglich ist, ein eigenes Heim zu bauen. Eine Hypothek von 650 000 Franken erhält nämlich nur noch ein Bürger, der ein Haushaltseinkommen von mehr als 100 000

Franken hat. In diesem reichen Land kommt doch tatsächlich eine Regierungspartei aufgrund des Reichtums zum Schluss, dass es an der Zeit wäre, wieder einmal an die Menschen und die Probleme der Zukunft zu denken. Ob ihre Ideen gut oder schlecht sind, kann man noch gar nicht beurteilen. Aber immerhin: Es soll wieder einmal etwas Nachhaltiges zum Wohle der Bürger geschehen.

Und was passiert? Die andere Regierungspartei und ihr Regierungschef sehen Liechtensteins Staatsfinanzen bereits wieder am Abgrund, wenn die Politik an die Bürger denkt. Der Regierungschef will zwar auch gestalten, aber nur Strassenraum und Wirtschaft. Der Bürger soll möglichst im Sparmodus bleiben. Sonst wird er möglicherweise unberechenbar.



Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Abschussvorgabe historisch hoch

Regierungsentscheid Die Jagdsaison wird eine besonders grosse Herausforderung für Liechtensteins Jäger. Die Abschussvorgabe für Rotwild wurde um rund 20 Prozent erhöht.

Die Abschussvorgabe für Rotwild wird im Vergleich zum Vorjahr um rund 20 Prozent erhöht und ist damit der höchste Wert, der je bei einer Abschussplanung festgelegt wurde. Dies teilte das Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt gestern mit. Die Regierung hat diese Woche den Abschussplan für das Jagdjahr 2018/2019 genehmigt. Grundlage für den Abschussplan bilden die Wildschadenssituation im Wald sowie in den landwirtschaftlichen Kulturen und der qualitative und quantitative Zustand der Wildbestände. Besonders die Wildschäden in den Schutzwäldern bereiten Behörden, Förstern und Jägern schon seit einigen Jahren Sorgen. Trotz intensiver Bejagung ist die Situation nicht besser geworden.

Abschusszahlen bei Jägerschaft unbestritten

Die natürliche Waldverjüngung ist Voraussetzung für die Sicherung essenzieller Waldfunktionen, wie beispielsweise der Schutzfunktion. Verjüngungsdefizite auf grossen Flächen des heimischen Waldes schränken die Möglichkeiten für den Erhalt stabiler und artenreicher Wälder seit Jahren stark ein. Überhöhte Schalenwildbestände sind dabei ein entscheidender Faktor.

«Aufgrund der Tatsache, dass eine natürliche Waldverjüngung in grossen Teilen der Wälder und Schutzwälder seit Jahren nicht stattfindet, muss festgestellt werden, dass dieses Ziel im derzeitigen System alleine mit der Vorgabe von Abschusszahlen nicht erreicht werden kann», wird in der Pressemitteilung festgehalten. Deshalb wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die



Die Hirschpopulation nimmt stetig zu.

Bild: istock

nach neuen Lösungsansätzen sucht. Auch wenn im vergangenen Jagdjahr der Abschussplan beim Rotwild um etwa 10 Prozent übererfüllt werden konnte, wird die neue Vorgabe für die Jäger nicht einfach. Denn der frühe Wintereinbruch im vergangenen Jahr spielte den Jägern in die Hände. Ist es allerdings bis Ende November warm, wird die Jagd schwierig, weil sich dann das Wild während der Jagdzeit in hohem, schlecht zugänglichem Gebiet aufhalten kann. Aus diesem Grund konnten beispielsweise in der Jagdsaison 2016/2017 die Vorgaben beim Rotwild nur zu 77 Prozent erfüllt werden.

Doch die Jäger sind sich ihrer Verantwortung bewusst: «Die hohen Abschusszahlen sind unbestritten. Wir werden alles daran setzen, sie einzuhalten, auch wenn es schwierig wird», sagt Michael Fasel, Präsident der Liechtensteiner Jägerschaft. Die

Schutzwaldverjüngung habe oberste Priorität. Er hofft auf gutes Jagdwetter. Doch nicht nur die milden Winter sind ein Problem. Auch die Zunahme der Freizeitaktivitäten im Wald während der Dämmerung oder sogar in der Nacht erschweren die Jagd. Bekannt ist auch, dass das Wild auf hohen Jagddruck reagiert und sich noch mehr in den Wald zurückzieht und versteckt. «Deshalb versuchen wir die Vorgaben durch eine kurze, aber intensive Jagd zu erreichen. Damit das Wild anschliessend wieder seine Ruhe hat», so Fasel.

Rotwildpopulation wächst im ganzen Nordalpenraum

Der Rotwildbestand hat in den vergangenen Jahren in den nördlichen Ostalpen stetig zugenommen. «Das Problem der wachsenden Rotwildpopulation haben nicht nur wir», sagt Fasel. Die vielen milden Winter in den vergan-

genen Jahren sei der Grund dafür. Das Wild fand in der kalten Jahreszeit genügend Nahrung und so gab es wenig Fallwild. «Bei solchen guten Bedingungen kann eine Population richtig Gas geben.»

Abschusszahlen müssten noch höher sein

Jüngste Bestandserhebungen und Jagdstreckenauswertungen in Liechtenstein zeigen, dass zur Erreichung der seit Jahren angestrebten Reduktion des Rotwildbestandes eine noch deutlichere Erhöhung der Abschusszahlen notwendig wäre. Nur so könne eine natürliche Waldverjüngung funktionieren. «Bevor man aber die Abschusszahlen massiv erhöht, muss sich im Rahmen des Gesamtkonzeptes des Massnahmenpakets zur Waldverjüngung die Frage gestellt werden, ob diese Vorgaben im Rahmen des heutigen Systems realisierbar sind», schreibt das Ministerium. Aus diesem Grund erarbeitet die eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Jagd, der Grundeigentümer, der Gemeinden und der Landesverwaltung, Lösungsansätze für eine nachhaltige Sicherstellung der Waldverjüngung. Die Ergebnisse sollen der Regierung im ersten Quartal 2019 zur Verabschiedung vorgelegt werden. Für Michael Fasel ist klar: Neben der Bejagung wird es in Zukunft unumgänglich sein, eine Raumplanung für Wildtiere zu erstellen. «Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass Wild Ruhe und Sicherheit benötigt. Nur mit Ruhe zonen kann ihr Lebensraum in Zukunft bestehen bleiben», sagt der Jäger und Biologe.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

Auch Landesspital schliesst Entlassungen nicht aus

Vaduz Das Liechtensteinische Landesspital will sich fit für die Zukunft machen. Darum lanciert die Spitalleitung das Projekt «Futura». Dabei werden unter anderem Stellen verschoben, vereinzelt können Entlassungen nicht ausgeschlossen werden, heisst es in einer Mitteilung.

Mit dem Projekt «Futura» sollen Prozesse, Strukturen und räumliche Zuteilungen optimiert werden. Damit bereite sich das Landesspital auf die bevorstehende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungen vor, heisst es vonseiten der Spitalleitung. Gleichzeitig reagiere man so aktiv auf den Patientenzugang. «Wir werden mit geringeren Kosten und weniger Personal dem Patienten die gleiche Qualität bieten können», sagt Spitaldirektorin Sandra Copeland.

In absehbarer Zeit wird auch in Liechtenstein eine Liste verbindlich, die festlegt, welche Eingriffe aus Kostengründen nur noch ambulant durchgeführt werden. Damit verstärke sich der Trend weg von stationären Behandlungen hin zu ambulanten. Das bedeute für das Landesspital, dass es weniger Betten für Patienten brauchen wird. Gleichzeitig

müsse die ambulante Versorgung ausgebaut werden. Die Patientenzahlen im stationären Bereich sinken im LLS seit 2016 deutlich. Waren es 2016 noch 2184 Hospitalisierungen, lag die Zahl im letzten Jahr bei 1582. Der Rückgang im stationären Bereich werde zukünftig noch akzentuiert durch allgemeine Trends im Gesundheitswesen.

Das nun von der Spitalleitung beschlossene Projekt «Futura» sei darum lanciert worden. Dabei werden alle Prozesse durchleuchtet und wo nötig optimiert. Zudem werden die Abteilungen Medizin und Chirurgie zusammengelegt. Dadurch werde ein Stockwerk frei für den Ausbau der ambulanten Angebote. So könnten mit der Restrukturierung Kosten reduziert werden. «Als direkte Folge daraus braucht es im stationären Bereich weniger Personal», sagt Sandra Copeland. «Dank Verschiebungen in den ambulanten Bereich und natürlicher Abgänge wird ein Stellenabbau minimiert.» Vereinzelt können Entlassungen nicht ausgeschlossen werden. Die Belegschaft und die Personalvertretung seien darüber informiert, heisst es in der Mitteilung. (pd/ts)

Walser Sagen Weg
Triesenberg **WWW**

9.30 Uhr ab Rizlina
Wanderung zum
Dorfplatz mit
Sagentheatern

4. Sagenfest

1. Mai 2018

14 Uhr beim Dorfplatz
Sagenfest mit Ständen
und Sagenprogramm